

KERAMISCHER

VII/Nr. 40 BERLIN
1. Oktober
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nonninger. Verlag: Hermann Grözel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C. 4. Wilhelm
5646 und 5647. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND

FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Zukunftshoffen der Papen-Schleicher-Regierung Ihre privatkapitalistische Offensive / Ihre politischen Absichten / Im Hintergrund die Scharfmacher

Die Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, die Notverordnungen und Handlungen der Papen-Schleicher-Regierung sind nicht nur Unterstützungs- und Lohnabbauaktionen, sondern die kapitalistische Offensive gegen sozialistische Tendenzen und der damit verbundene kapitalistische Drang nach Wiedererlangung der Alleinherrschaft über die Wirtschaft und den Staat.

Die Regierung von Papen geht von drei Seiten an ihre Aufgabe, das privatkapitalistische Wirtschaftssystem wieder zu befestigen, heran, nämlich von der wirtschaftlichen, von der politischen und von der kulturellen.

Das wirtschaftliche Handeln steht im Vordergrund, und die zwei erlassenen Notverordnungen geben Zeugnis davon. Die Wirtschaft soll angekurbelt und der Privatkapitalismus mit allgemeinen Steuermitteln zu neuem Tun angeregt werden. Allein und von sich aus hatte er nämlich die Kraft zum Handeln nicht mehr, deshalb mußte er mit Geld aus dem Staatsäckel und durch Belastung des werktätigen Volkes angeregt werden. Mit welcher Rücksichtslosigkeit und mit welcher Brutalität die große Ungerechtigkeit gegen das werktätige Volk von den „feinen Leuten“ begangen wurde, ist zur Genüge schon erläutert worden. Es braucht deshalb in diesem Zusammenhang nur festgestellt werden, daß der Kaufkraftausfall der ersten Notverordnung 1,5 Milliarden RM ausmacht, die den Unterstützungsempfängern einfach abgezogen wurden, daß demgegenüber die Privatkapitalisten durch die zweite Notverordnung 2,2 Milliarden RM an Prämien bzw. Steuergeschenken zugesprochen erhielten und die noch Arbeitenden eine Lohnkürzung diktieren bekamen. Wie hoch sich die Lohnkürzungen der zweiten Notverordnung und dazu der Kaufkraftausfall beziffern werden, läßt sich nicht sagen. Das eine steht aber jetzt schon fest, die Wirtschaft kann durch so einseitige Maßnahmen allein nicht angekurbelt werden, denn das Wegnehmen von Kaufkraft bei Rentnern, Arbeitslosen und Arbeitenden und die Verwendung der weggenommenen Kaufkraft zu Geschenken für die Privatkapitalisten regt das Getriebe der Wirtschaft nicht an. Das scheint auch der Regierung allmählich einzuluchten; denn Regierungsvorsteher Höben schon verlauten, daß die Notverordnungsmaßnahmen nur Erfolg haben können, wenn gleichzeitig in der Weltwirtschaft die Besserung und der Wiederaufstieg einsetzt. Das wirtschaftliche Vorhaben ist also mit Spekulation begründet, und Spekulation ist in allen Fällen eine zweifelhafte Sache.

Mit der Reichstagsauflösung will die Regierung auch von der politischen Seite aus die privatwirtschaftliche Offensive, mit anderen Worten ausgedrückt, die Parole: „Besitzende, bereichert euch, unterstützen.“ Der nun aufgelöste Reichstag verlangte ja mit übergrößer Mehrheit die Aufhebung der letzten Notverordnung, war also gegen die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung auf Kosten der „Arbeitslosen“. Seines Bleibens konnte er „als nicht ... sein.“ Mit der Neuwahl am 6. November erhofft die Baronsregierung einen „willfährigeren Reichstag oder wenigstens kleinerer Fraktionen des Zentrums und der Nationalsozialisten zu bekommen, um mit diesen verkleinerten Fraktionen und einer stärkeren Hugenberg-Gruppe auch tolerierungsfremdlichere Partner zu erlangen. Mit willigeren und mit Ministersesseln befriedigten bürgerlichen Parteien will dann die

Papen-Regierung ihre Reaktionspläne in bezug auf Alleinherrschaft der Reichen politisch untermauern. Die Reichsregierung will nach ihren Handlungen beurteilt werden. Diese bestanden darin, den Armen zu nehmen, sie noch außerdem zu belasten, und den Reichen Geschenke zu machen. Dafür sollen die Besenkten bei den Wahlen für die Regierungsabsichten eintreten, sich von Hitler und Zentrum ab- und möglichst Hugenberg zuwenden. Die Regierung spekuliert darauf, daß ein Teil der bürgerlichen Wählermassen von Hitler abgehen werde, weil er alles versprochen, aber auch nichts gehalten hat. Er nutzte weder die 13 Millionen Stimmen, noch die 230 Reichstagsmandate aus, um seine Geldgeber zu befriedigen und um seine Versprechungen einzulösen. Er ließ auch keine Köpfe rollen, keine Juden aufhängen und keine Warenhäuser vernichten, seine SA hetzte er lediglich gegen Arbeiter und deren Einrichtungen. Diesen Zwiespalt zwischen Reden und Handeln der Nazis will nun die Reichsregierung auswerten, sie, die nach Goebbels auf dem breiten Rücken der Hitler-Partei behende in die Amtlichkeit kletterte, wird sich dabei nicht verpekulieren.

Abwehrkämpfe gegen verordneten Lohnabbau

Die Regierung der Barone diktiert bekanntlich in ihrer Verordnung über die Mehrreinstellung von Arbeitskräften einen Lohnabbau für die 31.-40. Stunde und gibt noch außerdem Prämien als Geschenke. Lohnabbau ist vom grünen Tisch aus, und wenn man selbst Übergang zum Leben hat, sehr leicht zu verordnen. Den Arbeitern ist es ganz anders zumute, wenn sie nach mehrmaliger Senkung ihres Einkommens den Abbau hinzunehmen sollen. Sie brachten bisher sehr große Opfer in jeder Hinsicht, sie sind jetzt am Ende ihrer Kraft. Wenn sie nun sehen, daß die Unternehmer Geschenke erhalten, während sie bis zum Aussterben belastet und bedrückt und mit weiteren Abzügen bedacht werden, da häumt sich die Widerstandskraft dagegen mit Recht auf. Diese verordnete Ungerechtigkeit kann kein schaffender Arbeiter gelassen hinnehmen. Die Abwehr dagegen ist das gesunde Regieren der gepeinigten Kreatur. Selbst ein Teil Unternehmer erkennt das an.

Von den Belegschaften, die sich gegen den diktierten Lohnabbau zur Wehr setzten, nennen wir das Kabelwerk Carl Reinshagen in Wuppertal-Ronsdorf (300 Personen), die des Gußstahlwerks Wittmann in Hagen-Haspe (100 Personen), die der Fürther Humbser-

Die Reichsregierung beabsichtigt, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung zu errichten und gab dem Muckertum schon manche Gelegenheit zum Handeln, um den kulturellen Fortschritt zu hemmen. Uns dünkt aber, eine christliche Weltanschauung, die so folgenschwere Eingriffe in die Lebenshaltung der Armen gestattet, findet in den werktätigen Volksschichten keinen Anklang und hat mit wahren Christentum wenig gemein. Aus dem Hervorkehren der christlichen Weltanschauung ist eben zu erkennen, daß die Barone auch von der kulturellen Seite her ihre Taten folgerichtig und überlieferungsgemäß schön zu umbrämen vermögen. Und wo regierungsseitig die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung gepflogen und empfohlen werden, um den Kulturstand der Nation zu retten, darf die Glorifizierung des Militarismus nicht fehlen, wozu besonders der Rundfunk und der Film ausgestattet wurden. Verordnetes Hungerriemenengerschnallen, kommandierte nationalsozialistische Gebete und rundfunkgebotene Militärmusik sind die auffälligsten Belegerscheinungen einer Regierungs-

Branchen. Erfolg ihrer Abwehraktion hatten die Belegschaften des Kabelwerks Reinshagen in Ronsdorf, des Gußstahlwerks Wittmann in Hagen-Haspe, der Niles-Werke in Berlin-Weißensee, der Firma Wolf, Netter & Jakoby in Berlin-Adlershof, der Maschinenfabrik Stock in Berlin-Maricafelde, der Betonwarenfabrik Gebr. Friescke, Berlin, der Metallfirma Walter Callmann, Berlin, der Spinnstoff-Fabrik Zehlendorf, der Metallwarenfabrik Kümmerich & Schöning, Berlin, der Deutschen Messingwerke, Niederschönweide, und die einer Anzahl anderer Werke.

Die Reichsregierung greift mit ihrem Lohnabbauakt in die bestehenden Tarifverträge ein und verlangt jetzt von den Arbeitern die Einhaltung der Friedenspflicht und Tarifstreik. Dieses einseitige Vertragsrecht ist erst recht geeignet, die Arbeiter zur äußersten Abwehr anzuspornen. Diktate solcher Art schließen das Recht aus und vernichten das Rechtsgefühl. Die Regierung braucht sich nicht zu wundern, wenn sich die Belegschaften nicht mehr dem einseitigen Zwang fügen und sich zur Wehr setzten, sie können nicht mehr anders, auch wenn sie, wie die Arbeitgeberorganisationen vorhaben, regrepflichtig gemacht werden.

schein, als wolle die Baronsregierung Strafgericht halten. Die Massen, denen es schlecht geht, haben zur Teil vergessen, daß sie ihre Brotintressen von ihren eigenen Anhängern und Volksvertretern wahrnehmen lassen müssen, deshalb kann die Regierung der reichen Leute so handeln.

Arbeiter, macht der politischen Zersplitterung ein Ende und wahrt eure Lebenshaltungsinteressen selbst, überlaßt eure Vertretung nicht Demagogen, Fraktionären und Kapitalsknechten, dann kann euch keine Baronsregierung das Einkommen kürzen und Zölle und Steuern auferlegen.

Mehr Betriebs-Agitation

Die Werbearbeit unserer Vertrauensleute in den Betrieben ist zu allen Zeiten von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung des Verbandes gewesen. Auf der Arbeitsstelle verbinden sich die gemeinsamen Interessen aller Beschäftigten. Alle haben das gemeinsame Ziel, ihre Ware Arbeitskraft teuer zu verkaufen, die Arbeitszeit nach den menschlichen und kulturellen Bedürfnissen festzusetzen und die sonstigen

politik zur Wiederaufrichtung des Kapitalismus.

Wenn diese auf den bisher gangbaren Wegen nicht möglich sein sollte, haben die größten Scharfmacher im Unternehmerlager noch viel brutaleren Maßnahmen im Hintergrund bereit. Sie trugen ihre Gedanken vom Verbot der Gewerkschaften bereits an die Regierungsstellen heran. Die Regierung bestreitet, etwas davon erfahren zu haben, aber wie der „Deutsche“ in Erfahrung brachte, haben Unternehmerkreise in Berlin im „Kaiserhof“ Gedanken über ein Verbot der Gewerkschaften ventiliert. Das sind, zusammen betrachtet, Symptome und Handlungen, die den brutalsten Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit offenbaren.

Die gesamte Arbeiterschaft tut deshalb gut daran, den Plänen ihrer Gegner durch restlosen Zusammenschluß in den gewerkschaftlichen Verbänden entgegenzutreten. Starke Gewerkschaften sind der beste Rückhalt gegen alle Bestrebungen der Reaktion und des Kapitalismus. Deshalb agitieren, die Arbeiter sammeln in den gewerkschaftlichen Organisationen, diese allein bieten die Gewähr, daß die Bäume der Kapitalisten nicht in den Himmel wachsen.

gen Arbeitsverhältnisse günstig zu gestalten.

Dieses gemeinsame Ziel zu erreichen, gibt immer wieder die Möglichkeit, auf die Geschlossenheit in der gewerkschaftlichen Organisation mit Energie hinzuweisen. Es kommt auch hier darauf an, daß die Betriebsräte die Fühlung mit den Betriebsvertrauensleuten nicht verlieren. Die Vertrauensleute müssen mindestens alle Monate zu einer Vertrauensmännersitzung zusammengerufen werden. In dieser Zusammenkunft gilt es, neben den aktuellen Fragen im Betriebe, stets den Punkt Organisation und Agitation auf die Tagesordnung zu setzen. Jeder Vertrauensmann muß für das Organisationsverhältnis seiner Abteilung verantwortlich gemacht werden. Von Arbeitskollegen und -kolleginnen, die im Betriebe nicht für den Verband zu gewinnen sind, muß der Vertrauensmann sich die Adressen beschaffen, damit mit der Hausagitation eingesetzt werden kann. Es gibt im Betrieb soviel Agitationsmöglichkeiten, die auf verschiedene Art und Weise ausgenutzt werden müssen. Es muß nur die Aktivität wachgerufen werden — die bei vielen leider nicht vorhanden ist. Wer da von den Betriebsräten an Altersschwäche leidet, der gehe zum Verbandsbüro, dort erhält er Anregungen und praktische Vorschläge genug, um die Agitationsarbeit besser vorwärts zu treiben. Dann kommt aber Stetigkeit in die gesamte Agitationsarbeit und am Erfolg wird man Freude haben. Seid positiv! Behaltet stets den Blick nach vorwärts!

Agitation lohnt sich

Zu den bereits gemeldeten Erfolgen bei unserer stetigen Werbearbeit kommen immer neue hinzu. So kann unsere Zahlstelle Oppeln als Ergebnis von zwei Werbewochen 43 Neuaufnahmen melden. Davon konnte der Kollege Kurt Helland-Oppeln 27 machen, dem Kollege Frankel-Krapitz gelangen 7, Kollege Nickel-Krapitz holte 3, Kollege Frasscock-Al-Budkowitz 2 und Kollege Spland-Oppeln 4 neue Mitglieder. Das sind sehr erfreuliche Erfolge, die sicher zu weiterer Werbearbeit anregen. Nicht nachlassen! Unausgesetzt werden ist Pflicht jedes Verbandsmitgliedes.

Nun doch Heringszollerhöhung

Neben der Salsteuer, der Unterstützungssenkung, dem Lohnabbau und den sonstigen Belastungen kommt nun auch noch die Heringszollerhöhung, damit wird dem arbeitenden Volk die ohnehin zu knappe Lebenshaltung noch weiter geschnürt. Heringszoll ist das Fleisch der Armen, Heringszoll mit zu ihren Hauptnahrungsmitteln. Das Fab Heringszoll mit einem Zollsatz von 9 RM belegt werden. Der Heringszoll wird dadurch um 1 bis 2 Pfennig teurer. Das ist bei dem ungenügenden gesunkenen Einkommen des werktätigen Volkes eine neue fühlbare Belastung. Der Hungerriemen muß deshalb wieder ein Stück enger geschnürt werden, weil die geringen Heringsportionen zu den Kartoffeln noch kleiner werden. Anschließend soll die Heringszollerhöhung in den Haushaltungen der armen Leute wieder zur Geltung gebracht werden.

Von dem erhöhten Zoll will die Regierung Heringszollerger bauen lassen, und die Werktätigen müssen die Mittel dazu aufbringen. Das geschieht wieder im Interesse der Heringszollgesellschaften. Fast jede Maßnahme, die die Reichsregierung bisher durchführte, traf die Armen. Es hat fast den An-

Wilhelm Klünder 25 Jahre Angestellter



Die Zahlstelle Stettin und Umgebung und damit auch der gesamte Verband können am 1. Oktober den Kollegen Wilhelm Klünder zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum beglückwünschen. Kollege Klünder wurde am 28. Januar 1876 in Neumark, einem Marktflöcken in der Provinz Pommern, als Sohn eines Land- und Waldarbeiters geboren. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern waren die traurigsten, die Familie bestand aus zehn Köpfen. Seine arbeitsreiche Jugend ließ ihm sehr häufig keine Zeit zum Schulkang. Klünders Jugendzeit war auch sehr abwechslungsreich. Er besuchte sieben verschiedene Dorfschulen und erhielt an drei verschiedenen Stellen Konfirmandenunterricht. Im vorstehenden spiegeln sich die sozialen Verhältnisse der Zeit und der Familie. Nach seiner Schulentlassung löste er seine älteren Geschwister als sogenannter Hofgänger ab. Nach Vollendung des 16. Lebensjahres kam er nach Stettin und erwarb sich sein Brot als Laufbursche. Im Jahre 1896 kam er nach Berlin und war mehrere Jahre im Kroll-Theater sowie in anderen größeren Etablissements, u. a. auch im Preussischen Abgeordnetenhaus, tätig.

Im Jahre 1901 kam er wieder nach Stettin und erhielt Arbeit in der Pommerschen Provinzial-Zuckerrübenfabrik. Hier schloß er sich im Jahre 1905 unserem Verbande in der Zahlstelle Züllichow an. In der am 14. Januar 1906 abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde er zum Kartelldelegierten gewählt. Nach der Verschmelzung der Zahlstelle Züllichow mit Stettin wurde er Bezirksleiter des Bezirks Stettin. Im Jahre 1907 wurde er zum besoldeten Beitragskassierer ernannt und verwaltete die s Amt vom 1. Oktober 1907 bis zum 1. Januar 1913. Im Jahre 1908 wurde er Mitglied des Gauvorstandes. Im Januar 1913 übernahm er als Geschäftsführer die neu zu gründende Bezirkszahlstelle Itzehoe in Holstein.

Den Krieg hat er als Landwehrosoldat in Frankreich mitgemacht. Es wäre ein Unrecht, würden wir an dieser Stelle nicht der tapferen Frau des Kollegen Klünder gedenken. Als Wilhelm Klünder im Juni 1915 ins Feld mußte, hat Frau Berta Klünder sich entschlossen an den Platz ihres Gatten gestellt und die Zahlstelle geleitet, als hätte sie es schon immer getan. Sie hat ebenso wie jede andere gute Gattin seelisch gelitten in der Ungewißheit über das Los des Gatten, sie hat trotzdem mit bewundernswürdiger Energie die Verbandsgeschäfte besorgt, hat Versammlungen abgehalten, sie hat

alle Fragen des Unterstüztungswesens, die Kassengeschäfte usw. korrekt erledigt, und mußte zu alledem noch den Kampf führen um ihre Ehre gegen unsaubere Verleumdungen. 1917 finden wir die Kollege Berta Klünder als Delegierte auf dem Vorstandstag in Hannover, wo sie wiederholt in die Debatte eintritt. Für ihre Verbandsarbeit, für ihr mutiges Einspringen in schlimmster Zeit danken wir der Kollegin Berta Klünder. Sie hat Anteil am Jubiläum ihres Gatten als Sachwalterin der Organisation, und wir sind stolz auf sie.

1918 bei der Umwälzung fungierte Wilhelm Klünder als Vorsitzender des Soldatenrats in der Residenzstadt Mecklenburg-Schwerin und hat als solcher dem Großherzog den Paß ins Ausland ausgestellt.

Im Jahre 1919 wurde er von den Stettiner Kollegen zum 1. Bevollmächtigten gewählt, welches Amt er heute noch bekleidet. Abgesehen von seinem offenen und furchtlosen Auftreten allen Gegnern der Arbeiterbewegung gegenüber sowie seinem unbedingten Festhalten an Wahrheit, Recht und Überzeugung, hat er sich besonders um die finanzielle Grundlage der Zahlstelle Stettin und um die Erhaltung und Sanierung des Volkshauses verdient gemacht. Selbstverständlich ist er auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und des Konsumvereins und Mitglied der Freidenkerbewegung.

Nach außen knorrig, manchmal verkannt, als Kollege ein guter Kamerad, in treuer Pflichterfüllung seines Amtes waltend, wirkt er unermüdet für die Organisation und die Arbeiterschaft. Möge es dem Jubilär vergönnt sein, noch lange Jahre seine Kraft und sein Können in den Dienst der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft und unseres Verbandes zu stellen!

In dieser Hofnung bringen wir dem Jubilär und seiner wackeren Gattin und Mitkämpferin unsere herzlichsten Glückwünsche dar!

Michael Dirscherl 65 Jahre

Unser Kollege Michael Dirscherl-Fürth feierte am 27. September seinen 65. Geburtstag.

Mehr denn ein Menschenalter arbeitet der Jubilär für Partei und Gewerkschaft. Unschätzbare Dienste hat der Kollege Dirscherl den Glasarbeitern Bayerns, als deren Vater er bezeichnet wird, geleistet. Unter den mühseligsten Opfern hat er den Weg zur Organisation für die Glasarbeiter Bayerns und weit darüber hinaus freigelegt. Die Glasarbeiter werden des Jubilars an seinem Ehrentage besonders gedenken.

Aber nicht nur in den Grenzen seines direkten Wirkungskreises ist der Kollege Dirscherl bekannt und beliebt, sondern weit darüber hinaus, selbst auch über die Grenzen des Vaterlandes. Sein kuger Rat wurde gern auf nationalen wie internationalen Tagungen gehört. Sein nie versiegender Humor, verbunden mit bayerischem Sarkasmus, haben

oftmals dazu beigetragen, daß im richtigen Moment im Wege des Ausgleiches Verständigung auf allen Gebieten erzielt werden konnte.

Der Jubilär feiert seinen Ehrentag noch in erstaunlicher körperlicher und geistiger Frische, so daß wir alle hoffen, daß er noch recht lange seiner Familie und der Arbeiterbewegung erhalten bleiben möge.

Leider rückt mit seinem 65. Geburtstag seine Pensionierung immer näher. Aber selbst auch später wird der Kollege Dirscherl, soweit wir ihn also können, nicht rasten, sondern er wird sich seiner politischen Tätigkeit im Stadtrat Fürth mehr zuwenden können und sich auch um die besonderen Verhältnisse seiner Glasarbeiter-Kollegen in Fürth weiter bemühen.

Unserem für die Arbeiterbewegung unermüdet tätig gewesenen Kollegen Dirscherl bringen wir an dieser Stelle unsere herzlichste Gratulation zum Ausdruck mit dem aufrichtigen Wunsche, daß er die jetzige schwierige wirtschaftliche Zeit in der Arbeiterbewegung in bester Gesundheit trotzdem verbringen möge, damit er den Wiederaufstieg der Arbeiterklasse, für die er sein ganzes Leben gewirkt hat, noch miterleben kann.

Bauernschicksal und Kaufkraft der Industriearbeiter

Dem werktätigen Volke geht es miserabel, trotzdem klagen die Großagrarien in Deutschland am lautesten über ihre Not. Sie schreien unaufhörlich nach Staatshilfe und Zollerhöhungen und haben dabei die Bauern an ihrer Seite. Diese beachten leider dabei nicht, daß gerade ihr Schicksal von der Kaufkraft der Industriearbeiter abhängig ist. Die Statistik der Verkaufserlöse der Landwirtschaft klärt diese Frage mit aller nur wünschenswerten Eindringlichkeit. Alle Zollerhöhungen, alle Zwangsmaßnahmen in den letzten Jahren, die der Landwirtschaft dienen sollten, haben nicht verhindern können, daß die Arbeitslosigkeit, der Lohn- und Gehaltsabbau einen von Jahr zu Jahr stärker werdenden Einfluß auf die Einnahmen der Landwirtschaft ausgeübt haben.

Jahr	Einkommen der Arbeiter, Ankerstellen u. Beamte in Milliarden Mark	Verkaufserlöse der Landwirtschaft in Milliarden Mark
1928/29	43,8	10,3
1929/30	42,2	9,8
1930/31	37,1	8,9
1931/32	29,7	7,3

Die Senkung des Einkommens der Arbeitnehmer um 32 Prozent hat also eine fast ebenso große Senkung der Einnahmen der Landwirtschaft, nämlich um 29 Prozent, zur Folge gehabt. Die durch Papen verursachte Senkung des Lebensstandards der breiten Massen führte entweder zu einer Verringerung des Absatzes, wie bei Milch und Zucker, oder zu einer katastrophalen Senkung der Preise wie beim Vieh. In jedem Fall hat die Landwirtschaft in stärkstem Maße das Elend der Verbraucher zu fühlen bekommen.

Diese einfachen Tatsachen werden jedoch von der Landwirtschaft nicht beachtet, sonst könnte es nicht sein, daß die Baronsregierung immer wieder bestirmt wird, damit sie Maß-

nahmen erläßt, die die Konsumkraft der unteren Volksschichten immer mehr zum Schwanken bringt. Es wird Zeit, daß die Arbeitsbauern zur Einsicht kommen, sonst gehen sie mit den Arbeitern zugrunde.

Krankenhaus und Genesungshaus für Industriebeteiligte

Man ist jetzt dabei, zwei neue Unternehmungen zu schaffen, zu dem Zwecke, die Banken von eingetragenen Industriebeteiligungen zu entlasten. Die Banken sollen befähigt werden, an dem Ankerbaltungsprogramm durch die Finanzierung desselben lohnhaften Anteil zu nehmen. Von den Interessenten wurden deshalb zwei Institute erletet, die als Krankenhaus bzw. als Genesungshaus für Industriebeteiligungen angesprochen werden können. Das eine dieser Institute führt den Namen Amortisationskassa und soll dazu dienen, eingehende Forderungen der Banken an Industriebeteiligungen zu übernehmen. Die Forderungen gehen in die Bilanz der Amortisationskassa über und die einbringenden Banken erhalten dadurch Forderungen an die Amortisationskassa, die sie aktivieren können. Es soll ein Garantiefonds bei der Amortisationskassa gebildet werden, an der sich auch das Reich beteiligen soll. Daneben beabsichtigt man, ein zweites Institut, eine Art Holdinggesellschaft, unter dem Namen Industriefinanzierungs-AG. (Ifi) zu errichten. Diese Gesellschaft soll die Aktien von Industrieunternehmungen übernehmen, die die Banken im Besitz haben. Sie bleibt eine Reihe von Jahren deren Verwalter. Inzwischen will man versuchen, die Aktien beim Publikum unterzubringen. Die Banken erwerben für ihre Einbringung Forderungen gegen die Ifi die mit 4 Prozent verzinslich sind. Zweifellos dienen diese beiden Institute dazu, die Banken beweglicher zu machen. Daneben können sie auch Sammelstellen für faule Industriebeteiligungen werden. Es wird sich zeigen, ob sich diese Gründungen zum Segen oder zum Fluch der Volkswirtschaft auswirken.

Fredika-Kurse

Zum Zwecke erfolgreicher Völkerverständigung und des Aufbaues persönlicher Freundschaften mit Gleichgesinnten beginnen jetzt wieder englische, französische und spanische Kurse für Anfänger nach der „Direkten Methode“. Deutsch wird soweit wie möglich vermieden. Wandbilder und ein illustriertes Lehrbuch unterstützen den Unterricht. Schon nach 27 Abenden zu je 2 Stunden einmal wöchentlich beginnen die Teilnehmer Gehabtes frei zu sprechen. Bestehende Kurse nehmen jederzeit Freunde auf.

„Der Pionier“, das dreisprachige Organ der Vereinigung, bringt interessante Fragen auf internationalem Gebiet und berichtet über das Wirken in 28 Ländern und 216 Städten, in denen die Fredika vertreten ist.

Anmeldungen sollten meistens eingereicht werden an die Geschäftsstelle der Fredika (Freunde der Internationalen Kleinarbeit), Genosse W. Floerke, Berlin SW 19, Kurstr. 32, 3. Trp. Telefon: Merkur 2196. Allen Anfragen sollen 15 Pf. für Porti beigelegt werden.



Lohnbewegung in der Weißhohlglasindustrie

In der vorigen Nummer des „Keramischen Bundes“ mußten wir bedauerlicherweise darauf hinweisen, daß trotz wiederholter Annahme der Schutzverband Deutscher Glasfabriken aus seine Vorschläge zur Neuregelung der Lohnsätze in der Weißhohlglasindustrie erst am Tage der Verhandlungen bekanntgeben will.

Aus diesem Grunde können wir der Kollegschaft auch nachfolgend erst die Vorschläge des SDG mit der erfolgten Vereinbarung für die Neuregelung der Lohnsätze ab 1. Oktober 1932 bekanntgeben.

Die Tarifkommissionen der Gruppen waren über die überreichten Vorschläge des SDG geradezu erschrocken. Wie man nach der zweijährigen Lohnabbauwelle, die auch an uns in der Weißhohlglasindustrie nicht spurlos vorübergegangen ist, den Mut finden kann, Vorschläge auf Lohnsenkung von 10-25 Prozent in der Endauswirkung zu machen, blieb dem SDG wieder vorbehalten. Als Begründung wurde die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage, vor allen Dingen aber die Lohnsenkungen der zurückliegenden Zeit angeführt, die für die Zeitlohnarbeiter mit geringen Ausnahmen nur 15,8 Prozent ergeben haben, währenddem die Lohnminderung im allgemeinen nach Berechnung des Reichsarbeitsamtes 24,57 Prozent betrage. Es sieht sich jetzt, daß der SDG in der zurückliegenden Zeit immer zu stark dem Druck der Arbeitnehmer-Organisationen nachgegeben habe. Aus diesen Ursachen seien infolge der Lohnlage die wirtschaftlichen Verhältnisse besonders schlecht. Im übrigen haben die Mitglieder des SDG überhaupt kein Interesse, Tarifverträge auf zentraler oder bezirklicher Grundlage abzuschließen, da sie der Auflassung zusehen, mit den einzelnen Belegschaften vor allen Dingen aber mit den Arbeitern in den einzelnen Orten bestimmi Verhandlung nach den Wünschen der Arbeitgeber zu erzielen.

Von den Parteivertretern der Arbeitnehmer ist den Arbeitgebern nachgewiesen worden, wie volkswirtschaftlich verheerend die fortgesetzten destruktiven Handlungen in der Lohnbewegung sich auswirken, und daß es endlich an der Zeit sei, wieder Vernunft walten zu lassen. Es kommt nicht darauf an, wie hoch die Lohnsätze sind, die wir überhaupt nicht für gerecht halten, in den letzten Jahren waren, sondern darauf, welche Löhne nach der Berechnung überhaupt gelangen, und wie die Existenzfähigkeit der Arbeitnehmer in

der Weißhohlglasindustrie gesichert ist. Damit sieht es ziemlich traurig aus. Die jugendlichen Arbeitnehmer wie auch die weiblichen können mit den jetzt gezahlten Löhnen kaum noch notdürftig ihr Leben fristen. Die Entlohnung der Fachhilfsarbeiter zeigt, daß die Arbeitgeber trotz gesteigerter Leistung und der Tatsache, beruflich durch die Krise schwer vorwärtskommen, heute bald weniger bezahlen als in der Vorkriegszeit, wo die Entlohnung durch das Zwischenmeistersystem vom Akkordglasmacher usw. erfolgte. Bei den Facharbeitern hat der „kalte“ Lohnabbau in der zurückliegenden Zeit Formen angenommen, die bald nicht mehr zu verantworten sind, oftmals werden die tariflichen Bedingungen bzw. Richtlohn nicht mehr erfüllt. Es ist ein Explosivstoff in allen Kreisen der Glasarbeiter vorhanden, der bei geringster Erschütterung sich freimachen muß. Aus diesem Grunde kann nur eine Verlängerung der Tarifverträge nach den Wünschen der Arbeitnehmer in unveränderter Weise geschehen.

An einem Tarifvertrag, der nur Not und Sorge den Arbeitnehmern bringt, haben auch wir kein Interesse. Wenn sich die Industrie immer über die besonders schlechte Wirtschaftslage beklagt, dann muß sie selbst bald ein Interesse daran zeigen, daß mit der maßlosen Senkung der Löhne untereinander aufgerechnet wird, damit die Rentabilität der Betriebe nicht nur vom Lohnkonto aus beurteilt und sich gestellt werden soll.

Noch 15-jähriger Beratung ist es zu einer Vereinbarung gekommen, die leider in geringem Ausmaß Lohnkürzungen vorsieht. Der Tarifvertrag haben der Vereinigung nicht gern zugestimmt, und es ist von ihnen alles Für und Wider erwogen worden. Mit der Vereinbarung haben wir aber für unsere Kollegen tariflichen Schutz geschaffen, deshalb sind die Arbeitgeber nicht in der Lage, wie es in der absicht gelegen war, bei tariflosem Zustand im Wege des Einzelarbeitsvertrages die Forderungen in voller Höhe durchzusetzen. Eine Zerschlagung der Tarifverträge in der jetzt schwersten Zeit, die die deutsche Arbeiterschaft durchzumachen hat, würde ein vollkommenes Chaos herbeiführen und den Wiederaufstieg aus dem dunklen Tal der Wirtschaftskrise unheimlich erschweren.

Wir sprechen ganz offen aus, daß dies die letzte Lohnvereinbarung mit Lohnminderung in der Weißhohlglasindustrie sein muß. Kommt man während der Laufdauer des Tarifvertrages immer noch nicht zur Vernunft,

dann werden spätere Auseinandersetzungen sicher nur im Wege des Kampfes zu führen sein.

Aus der ungeheuren Not der deutschen Arbeiterklasse speziell aber der Glasarbeiter kommen wir nur heraus, wenn wir fernerhin solidarisch zusammenstehen und immer daran denken, daß die Arbeiterbewegung durch Kampf zum Ziele kommen will. Notwendig wird es sein, daß wir am 6. November denen die Quittung geben, die der sozialen Reaktion dazu verholten haben, fortgesetzte Angriffe auf die Rechte der freitheilichen Arbeiterklasse auszuüben. Krebs.

Forderungen der Arbeitgeber zur Neuregelung der Lohnverhältnisse ab 1. Oktober 1932 in den Gruppen I-V und Rheinland des Schutzverbandes Deutscher Glasfabriken.

1. Sämtliche zur Zeit geltenden Akkord-, Richt- und Zeitlöhne sowie die Sätze für Entschädigungen und Nebenarbeiten werden mit Wirkung ab 1. Oktober 1932 um 10 Prozent ermäßigt.
2. Mit Wirkung vom gleichen Zeitpunkt treten in den Lohnsätzen der Gruppen folgende Änderungen ein:
 - a) Der Richtlohn für Medizinglas, Verpackungsgläser, Flakons und Glühlampenkolben wird einschließlich der unter Ziffer 1 vorgesehenen Ermäßigung in den Gruppen I-IV auf 36,- RM in der Gruppe V auf 32,40 RM pro Woche festgesetzt.
 - b) Soweit an Fachhilfsarbeiter noch Verheirateten-Zuschläge oder höhere Lohnsätze als für Ledige gezahlt werden, sind diese zu streichen.
 - c) Soweit noch Sonntagszuschläge für Schläger gezahlt werden, sind diese zu streichen.
 - d) Soweit noch Ortsklasseneinteilungen vorgesehen sind, sind diese zu streichen.
 - e) In der Lohnsätzen der Gr. I fällt die Pos. XV fort. Die hierunter aufgeführten Kategorien fallen künftig unter Pos. X. In der Lohnsätzen der Gr. III sind die Stundenlöhne für Hüttenmänner und Zimmerleute zu streichen. Die in den Firmenlohnstufen der Gr. Rheinland vorgesehene Mietentschädigungen, Brandvergütungen und Familienzulagen sind zu streichen.
3. Diese Regelung soll mit vierwöchiger Frist, erstmalig zum 31. Januar 1933, kündbar sein.

Vorschlag des Keramischen Bundes, Gr. Glas- und des Berufsverbandes Deutscher Glasarbeiter zur Neuregelung der Lohnsätze in der deutschen Weißhohlglasindustrie.

Die Lohnsätze in den Verbandsgruppen I-V einschließlich der Mitgliedsfirmen der Rheinischen Gruppe werden ab 1. Oktober 1932 unverändert bis zum 31. März 1933 wieder in Kraft gesetzt.

Tarifvereinbarung

Zwischen dem Schutzverband Deutscher Glasfabriken, Gruppen I-V und Rheinland und dem Keramischen Bund sowie dem Berufsverband Deutscher Glasarbeiter wird heute folgendes vereinbart:

1. Mit Wirkung ab 1. Oktober 1932 werden unbeschadet des § 75 RMT, die zur Zeit geltenden Akkord- und Richtlöhne sowie die Sätze für Entschädigungen und Nebenarbeiten um 5 Prozent, die Zeitlohnsätze über 25 Pfennig pro Stunde um 3 Prozent ermäßigt.
2. Diese Regelung ist mit vierwöchiger Frist zum Monatsende, erstmalig zum 28. Februar 1933, kündbar.

Berlin, den 22. September 1932.

Für den SDG: Für den Keramischen Bund, gez. Dr. Schmidt, gez. Martin Krebs. Für den Berufsverband Deutscher Glasarbeiter, gez. Karl Heilmann.

Allgemeinverbindlich erklärt

Der Reichsarbeitsminister, III Nr. 5095/7 Tar. Berlin NW 40, den 14. September 1932, Scharnhorststraße 35.

Entscheidung

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages: a) auf Arbeitgeberseite: Verband Deutscher Glasströmtenfabrikanten E. V., Imlenau (Thür.), b) auf Arbeitnehmerseite: Keramischer Bund, Abt. des Fabrikarbeitsverbandes, Gau Thüringen, Sitz Imlenau.

II. Tag des Abschlusses: 16. Juni 1932. a) Manteltarifvertrag, b) Lohn- und Akkordtarifvertrag.

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Isolierflaschenindustrie.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Thüringen.

einachtföcklich der eingeschlossenen preußischen Gebietsstelle.
 V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. September 1932.
 VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, jeweils mit dem Tarifvertrag.

Eingetragen am 15. September 1932 auf Blatt 10581 lfd. Nr. 1 des Tarifregisters.
 Der Registerführer: (Unterschrift unleserlich.)
 Im Auftrag: gez. Kalkbrenner,
 (Stempel) Reichsarbeitsministerium Berlin.
 Beglaubigt: (Unterschrift unleserlich.)
 Ministerialkanzleisekretär.

Groschen zum Leben benötigt und nichts abgeben konnte, die Sanierung des Betriebes der Firma aber unter allen Umständen notwendig schien, wurde nunmehr die Arbeiterschaft vor die schon immer androhte Frage der Stilllegung gestellt oder aber einen größeren Lohnabbau zu schlucken. Den zuletzt organisierten Schlichtungsversuch lehnte die Arbeiterschaft als nicht mehr tragbar ab, die Belegschaftsseite beantragte Verbindlichkeit wurde nicht ausgesprochen. Nachverhandlungen, die zwischen den Vertragspartnern stattfanden, führten ebenfalls zu keiner Einigung, so daß die Firma die bisherigen Löhne weiterzahlte und sich erstmals wieder am 9. August 1932 ihrer Forderungen erinnerte, indem sie durch Anschlag der Belegschaft mitteilte, daß sie sich durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sehe, die bestehenden Arbeitsverträge sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen auf Samstag, den 27. August 1932 zu kündigen. Zugleich erklärte sich die Firma bereit, nur dann den Betrieb fortzusetzen, wenn die Arbeiterschaft einen 15prozentigen Lohnabbau in Kauf nimmt. (Das sind noch 5 Prozent mehr als der Schlichtungsanspruch.) Wer sich hiermit einverstanden erklärte, sollte dies bis spätestens 15. August 1932 vorm. 10 Uhr bei der Direktion melden. In einem zweiten Anschlag, datiert vom 16. August 1932, gibt dann die Firma bekannt, daß sich für die Fortsetzung des Betriebes zu den Bedingungen eines 15prozentigen Lohnabzuges nicht genügend Arbeitskräfte gemeldet haben und somit der Betrieb ab Sonntag, den 28. August 1932, eingestellt wird.

Verhandlungen lehnte die Firma brüsk ab. Auch der Schlichter, der in dieser Situation erneut eingriff, konnte die Firma von ihrem an sich unbilligen Standpunkt nicht abbringen, so daß die fortwährend androhte Stilllegung der Glashütte Heilbronn A.G. in die Tat umgesetzt wurde. Für die Firma war der verlangte Lohnabbau nur Mittel zum Zweck. Auch die geführten Verhandlungen ließen erkennen, daß es ihr nicht auf eine Einigung ankam, sondern auf die Betriebschlichtung, was daraus hervorgeht, daß sich die Firma schon vorher auf eine notwendig gewordene Oberflächen- und Demontage einer technisch unvollkommenen Millmann-Maschine eingerichtet hatte und weiterhin erklärte, wenn sie jetzt den Betrieb stilllegt, die Wiedereröffnung nicht vor einem halben Jahre erfolgt. Die Firma hat aber auch darüber hinaus keinen Willen zur Fortsetzung des Betriebes gezeigt, indem sie selbst Arbeiter und Arbeiterinnen entließ, welche von dem von ihr diktierten verlangten Lohnabbau nicht betroffen wurden. Mithin ergibt sich aus dem gesamten Verhalten der Firma die Tatsache einer Betriebsstilllegung. Da die Firma nicht mehr ein und aus wußte, soll nun nach außen der Anschein eines Lohnkampfes erweckt werden, um die Arbeiterschaft auch noch um die Arbeitslosenunterstützung zu bringen. Anders ist das Verhalten der Firma nicht zu verstehen. Die Arbeiterschaft wird sich das natürlich für bessere Zeiten merken, während der Öffentlichkeit gezeigt sein soll, wie die heutige Wirtschaftslage dem Unternehmer zu allen Dingen nütze ist.

Wie Betriebsstilllegungen zustande kommen

Die Firma Glashütte Heilbronn A.G. hatte bekanntlich im Jahre 1930/31 ihre Arbeiterschaft 25 Wochen ausgespart, um ihre Lohnabbaubestrebungen besser in die Tat umsetzen zu können. Nach diesem gigantischen Kampfe der Arbeiterschaft, der erst im Juni 1931 seinen Abschluß fand, ist die Firma bereits wieder im Dezember 1931 wegen eines neuen Lohnabbaues an die Belegschaft herangetreten. Der Schlichtungsausschuß Heilbronn hat dann auch einen weiteren 2prozentigen Lohnabbau durch Schlichtungsbescheid festgelegt, obwohl seinerzeit die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bereits in ihrem Wortlaut bekannt war und hiernach bestenfalls 15 Prozent abgebaut werden konnten. Der Schlichter korrigierte daraufhin diesen famosen Schlichtungsbescheid, der sicherlich in der Geschichte des Heilbronner Schlichtungsausschusses einen Markstein bilden wird. Die Glashütte Heilbronn A.G. begnügte sich aber mit diesem gesetzlichen Abbau nicht, sondern hatte ein solch großes Vertrauen zu dem Schlichtungs-

ausschuß gewonnen, daß sie diesen erneut anrief, um unter allen Umständen das durch die Notverordnung nicht erreichte Ziel durchzusetzen. Das gelang ihr auch, indem erneut ein Schlichtungsbescheid mit einem weiteren 10prozentigen Abbau erging, obwohl Arbeitnehmersseite nachgewiesen werden konnte, daß schon vorher alles in allem die Glashütte in Heilbronn sich rund 50 Prozent Lohnkürzungen haben gefallen lassen müssen. Als Begründungen für ihr Verlangen führte die Firma ihren hohen Lagerbestand von fünf bis sechs Millionen Flaschen ins Feld und erklärte, von ihrem bisherigen Geldgeber über das jetzige Maß hinaus kein Geld mehr zu erhalten, um den Betrieb fortsetzen zu können. Die Belegschaft sollte schon im Frühjahr auf Verlangen der Direktion sogar einen Teil ihres Verdienstes ablassen. Die Beträge sollten als Sparguthaben bei der Firma angelegt werden! Da die Firma anscheinend nun keine Kredite mehr erhalten konnte, andererseits die Arbeiterschaft ihre mehr als sauer verdienten



Japanische Porzellanindustrie

Die wichtigsten Fabriken
 Bei den größten Fabriken handelt es sich um folgende: Nihon Toki Kabushiki Kaisha, Nagoya, errichtet 1904 und 1917 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das eingezahlte Kapital beträgt 2,1 Mill. Yen. 1931 wurde eine Dividende von 4 Prozent ausgeschüttet. Sie stellt vorzugsweise Geschirrgüter europäischer Dessins aus Hartporzellan und andere Gebrauchs- und Zierporzellane her. 80 bis 90 Prozent der Produktion gelangt zur Ausfuhr. Im Jahre 1931 hatte der Umsatz einen Wert von etwa 3 Mill. Yen. Einen Teil des Kaolins bezieht die Firma aus der Tschechoslowakei. Dieses importierte Rohmaterial soll bei dem nach Amerika exportierten Geschirrporzellan Verwendung finden. Wegen der schlechten Lage auf dem Exportmarkt arbeitet die Fabrik mit 60 bis 70 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit. Bei dieser Einschränkung beträgt die Arbeiterschaft 2200 Köpfe.
 Nagoya Seitoshō, Nagoya, wurde gleichfalls 1917 aus einem Privatunternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Betriebskapital von 1 Mill. Yen blieb im letzten Jahre dividendenlos. Auch diese Fabrik stellt in erster Linie Porzellan-Tafelgeschirr, Tee- und Kaffeegeschirr in europäischen Modellen für Exportzwecke her, daneben Sanitätssteingut. In den drei Fabriken der Firma sind 1250 Arbeiter tätig; die letztjährige Produktion hatte einen Wert von 1,5 Mill. Yen. Wegen der Absatzschwierigkeiten in Übersee ist die Fabrik zur Zeit nur halb beschäftigt.

Osaka Togyo Kabushiki Kaisha in Kishiwada bei Osaka hat 3 Mill. Yen Kapital. Sie erzeugt Hochspannungsisolatoren und Bauporzellan und beschäftigt 250 Arbeiter.
 Die von ihr produzierten zehnzölligen Hänge-Isolatoren für Hochspannungs-Oberleitungen werden geprüft für Betriebsspannungen bis 88 000 Volt (trocken) bzw. 56 000 Volt (feucht) und auf 10 000 kg Belastung. Sie sollen gegen Temperaturschwankungen bis 150 Grad Celsius widerstandsfähig sein.
 Nippon Gaiishi Kabushiki Kaisha, Nagoya, hat bei 1,2 Mill. Yen Kapital einen Umsatz von 3,5 Mill. Yen. Die Firma wurde 1919 aus der Isolatorabteilung der Nihon Toki K. K. in eine unabhängige Aktiengesellschaft umgewandelt. Sie beschäftigt 600 Arbeiter in der Produktion von Isolatoren aller Art für elektrische Industrien und Kraftwerke — hauptsächlich Starkstrommaterial —, daneben stellt sie auch Gerät für chemische Industrien, wie säurefeste Rohre, Hähne, Fliesen, Fliegel und Pumpen her. Die Fabrik ist ausgestattet mit acht 6-m-Rundöfen für Kohlenfeuerung, drei Muffelöfen, einem Tunnelofen (amerik. Harrop), ferner für Oelfeuerung, einem Tunnelofen, speziell für Rotfärbung. Ferner sind vorhanden so eine Materialprüfanlage für Betriebsspannungen bis 400 000 Volt — 200 KVA.-Transformator, bis 200 000 Volt — 100 KVA.-Transformator, bis 30 000 Volt — 200 KVA.-Transformator, und für Festigkeitsprüfungen bis 20 000 lbs. Belastung.

Die Toyo Toki Kabushiki Kaisha, Kokura, ist eine Schwestergesellschaft des erstgenannten Unternehmens. Sie hat ein eingezahltes Kapital von 1,3 Mill. Yen, eine Belegschaft von 850 und stellt europäisches Tafelgeschirr und sanitäre Artikel aus Steingut her.
 Shofu Kogyo Kabushiki Kaisha, Kyoto, wurde 1906 gegründet und 1917 als Aktiengesellschaft umgewandelt. Auf das 1 Mill. Yen betragende Kapital wurde 1931 keine Dividende gezahlt. In der Fabrik werden 500 Arbeiter mit der Herstellung von Hochspannungsisolatoren, chemisch-technischem und anderem Porzellan beschäftigt. Der Jahresumsatz wird mit 2,5 Mill. Yen angegeben. Der Betrieb soll annähernd normal beschäftigt, aber durch den Wertrückgang zu hohen Abschreibungen genötigt gewesen sein.
 Die Firma und ihre Hauptaktionäre besitzen die Aktienmehrheit der Shofu Toshi Kabushiki Kaisha, Kyoto, einer Fabrik zur Herstellung künstlicher Zähne.

Japanische Exportkontrolle
 Mitte 1931 ist die Nihon Toki Kogyo Kumiai Rengikai in Nagoya (gleich Verband der Innungen der Japanischen Porzellan- und Steingutindustrie) vom Japanischen Handels- und Industrieministerium anerkannt worden. Der Verband übt nunmehr die Zwangsbesichtigung des zur Ausfuhr bestimmten Porzellans und Steinguts (nach den Bestimmungen der Verordnung des Handels- und Innenministeriums vom 9. Juli 1928) aus. Der Verband hat sich ferner zur Aufgabe gesetzt, den gemeinsamen Verkauf und die Exportkontrolle zu organisieren und unter Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage die Produktion der Innungen zu regulieren. Eine gemeinsame Verkaufsstelle des Verbandes soll den Export aller Kaffee- und Teetassen, Teller und flacher Teller übernehmen. Die Lieferung kompletter Service ist in dem provisorischen Statut nicht behandelt. Die Verkaufsstelle hat ihren Sitz in Nagoya.

Landwirtschaftszölle und feinkeramische Industrie

Die Butterzollregelung, die der deutschen Landwirtschaft zuteilbehalten wurde, brachte wesentliche Nachteile für die feinkeramische Industrie. Diese ist mit 50 Prozent ihrer Gesamtproduktion auf den Export angewiesen. Wie stark die neuen Butterzölle auf die Ausfuhr feinkeramischer Erzeugnisse gewirkt haben, geht aus folgenden Ziffern hervor. Die Ausfuhr nach Finnland ging um 92 Prozent, nach Lettland um 91 Prozent, nach Schweden um 88 Prozent, nach Estland um 66 Prozent, nach Dänemark um 60 Prozent, nach Litauen um 54 Prozent, nach Norwegen um 44 Prozent, nach den Niederlanden um 39 Prozent zurück. Diese Länder bilden in normalen Zeiten die wichtigsten Absatzmärkte für die deutsche keramische Industrie. Sie wurden wegen des Butterzolls so stark eingeeignet. Das ist nun Politik. Der Landwirtschaft gewährt man Zölle und den Fabriken gehen dadurch Aufträge flöten. Das ist nicht die Wirtschaft angekehrt, das ist Arbeit abgeschafft.
 Der Verband Keramischer Gewerke Berlin erhob in einer Eingabe Einspruch gegen diesen handelspolitischen Unfug. Ob er dabei Erfolg haben wird, ist sehr fraglich. Es hat sogar den Anschein, daß die Regierung von Papen mit der geplanten Kontingentierung erst recht die feinkeramische Erzeugnisse exportierenden Länder vor den Kopf stoßen will.

Teilbelegung in der Porzellanindustrie?

Durch die Zeitungen gehen Nachrichten des Inhalts, in der Porzellanindustrie sei eine nicht nur saisonbedingte Belegung eingetreten. Diese Nachricht ist mit großer Vorsicht entgegenzunehmen. Es wäre erfreulich, wenn sie sich bewahrheiten würde, aber nach den vorliegenden Berichten aus den Fabriken kann der Nachricht über die Belegung kein Glauben geschenkt werden. Lediglich von der Porzellanfabrik Tettau A.G. in Tettau ist bekannt, daß im September im Inlands- und Auslandsgeschäft eine kleine Belegung eintrat, die bis Weihnachten anhalten soll.

Frankreich

Die Krise der Limogier Porzellanindustrie verschärft sich weiter. Eine weitere Fabrik in Limoges, die 1000 Arbeiter beschäftigte, hat ihren Betrieb eingestellt und ihre ganze Belegschaft entlassen. Die plötzliche Steigerung der Arbeitslosigkeit belastet die Stadt schwer mit neuen Unterstützungs-pflichten. Die Stadtverwaltung hat einen

neuen Kredit in einer Höhe von 1 Mill. Fres. bereitstellen müssen, um ihnen nachzukommen.

Volkstedt
 Boyer und Böckel, Porzellanfabrik A.G. in Rudolstadt-Volkstedt weist in seiner Bilanz für das Jahr 1931 noch einen Gewinn von 43 807 RM aus. Die Abschreibungen sind mit 14 638 RM angegeben und die Unkosten mit 530 974 RM.

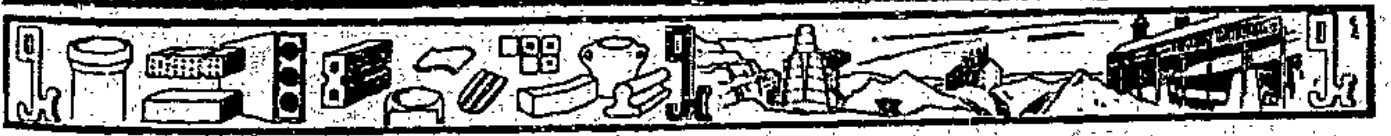
Für Welthandel
 Wie notwendig für die Porzellanindustrie Welthandel und Exportpolitik ist, erwähnt Dr. A. Zöllner, Marktredwitz, der „Vossischen Zeitung“ gegenüber. Er betont, daß die Aussichten für die Rentabilität der Betriebe in erster Linie von der Entwicklung des Weltmarktes und des inderdeutschen Marktes abhängen. Von besonderer Bedeutung für eine Exportindustrie, wie die Porzellanindustrie, ist eine gesunde Exportpolitik. Autarke Bestrebungen sind einzudämmen. Wir müssen Welthandel treiben und allzu schroffe Absprachemaßnahmen für ausländische Produkte vermeiden, die nur zu Gegenmaßnahmen führen. Wir wünschen, derartige Industriellensstimmen öfters zu hören und vor allem, die Regierung möchte ihnen Gehör schenken.

Zuschußkasse deutscher Porzellanmaler

Kassenbericht pro I. Halbjahr 1932.

Einnahme:	
Bestand Ende 1931	16 553,41 RM
Beiträge	4 993,00 "
Kapital-Verkehr	3 847,42 "
Zinsen	710,95 "
Summa:	26 104,78 RM
Ausgabe:	
Krankengeld	5 791,50 RM
Sterbegeld	270,00 "
Kapital-Verkehr	3 829,76 "
Verw. d. Zahlstellen	323,96 "
Verw. d. Hauptkassa	241,74 "
Generalversammlung	149,90 "
Kassenbestand	15 497,92 "
Summa:	26 104,78 RM
Vermögensnachweis:	
Sparkassenbücher	14 532,97 RM
Aushilfe n. d. Th. 3. Qu. 32	890,00 "
Postschekkonto	172,65 "
Barbestand	2,30 "
Summa:	15 497,92 RM

Mitgliederbestand 476.
 Waldenburg, 9. September 1932.
 A. d. Vor. Kassierer.



Nochmals Politik der Zement-Syndikate

In Nr. 38 des „Keramischen Bundes“ d. J. brachten wir einen Aufsatz „Syndikats-Politik fördert Arbeitslosigkeit“. Wie sich die Syndikatspolitik auf die Gemeinden wirtschaftlich und sozialpolitisch auswirkt, zeigen nachstehende Ausführungen, zu der wir als Grundlage einen Aufsatz „Die Geseker Zement-Industrie“, erschienen im „Westfälischen Volksblatt“, nehmen.
 Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Interessen der Stadt Geseko liegt bei dem von ihr gebauten Industriebahnhof. Mit der Inbetriebhaltung dieser Anlagen hängt die Beschäftigung einer großen Anzahl von Arbeitern zusammen. Die Anlagen reitieren sich nur, wenn die mit dieser Bahn in Verbindung stehenden Industrierwerke arbeiten. In der oben angeführten Nummer des „Keramischen Bundes“ berichteten wir auf welche Art und Weise bereits das Zementwerk Hannack zum Erliegen gekommen ist. Es besteht weiter die Gefahr, daß die weiteren Zementwerke noch zum Erliegen kommen werden. Die Stadt Geseko hat jährlich etwa 50 000—55 000 Reichsmark an Zinsen und sonstigen Kosten für die Industrie-Bahn aufzubringen. Können

die anliegenden Industrierwerke zum Erliegen, gehen der Stadt die Einnahmen dieser Werke verloren, und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten würden bedeutend verstärkt. Dazu schreibt das „Westfälische Volksblatt“ in dem angeführten Aufsatz:
 „Das Westdeutsche Zement-Syndikat hat der Stadt Geseko zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten einen Vorschlag gemacht, daß es bereit ist, eine Verschuldung zu tätigen, die der Stadt Geseko dem Zement-Werk Dr. Hannack im Betrage von 150 000 RM der Deutschen Bank in Paderborn gegenüber übernommen hat, die Haftung bzw. die Zahlung zu übernehmen. Als Gegenleistung hierfür verlangt der Westdeutsche Zementverband, daß die Stadt Geseko sich verpflichtet, an ihrem obenerwähnten Industriebahnhof keinerlei neue Werksgründungen in den nächsten zwölf Jahren zuzulassen.
 Wenn man Leistung und Gegenleistung hierbei gegenüberstellt, so ergibt sich folgendes Bild:
 Die Stadt Geseko wird aus einer Bürgerschaft von rund 165 000 RM entlastet, für die sie jedoch im Augenblick nicht in Anspruch

genommen werden kann, da auf Grund einer allgemeinen Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten die Gemeinden Vollstreckungsschutz genießen. Bei der allgemeinen oben Verschuldung fast aller deutschen Gemeinden aber ist mit hundertprozentiger Sicherheit anzunehmen, daß die Verpflichtungen der Gemeinden irgend wie langfristig ungeschuldet werden, so daß die Stadt Geseko durch die Bürgerschaft voraussichtlich keine ernstlichen Schwierigkeiten bekommen kann. Der zu erzielende Vorteil wäre lediglich ein buchmäßiger Gewinn von 165 000 RM. Auf der anderen Seite würden aber der Stadt und der Bürgerschaft durch einen derartigen Vertrag bedeutende wirtschaftliche Nachteile entstehen. Der Industriebahnhof, der rund 500 000 Reichsmark gekostet haben soll, würde zu einem großen Teile vollkommen entwertet. Die voraussichtliche neuer Industrierwerke Anschlußmöglichkeiten zu bieten und damit eine bessere Auswertung zu ermöglichen, wäre für 12 Jahre unterbunden, und der Wert der Anlage würde bedeutend fallen. Ebenso würde das noch etwa 40 Morgen große Industriegelände an der Industriebahnanlage der Stadt und ebenso das der übrigen Anlieger erheblich im Werte sinken, da sich ja für die nächsten 12 Jahre Käuferinteressen nicht finden würden. Sozialpolitisch betrachtet, würden keine Möglichkeiten vorhanden sein, die große Zahl Arbeitsloser, Wohlfahrtsunterstützungs-

empfangen usw. in den nächsten Jahren einer ordnungsmäßigen, dauernden Beschäftigung zuzuführen.

Bei dieser Gegenüberstellung ergibt sich, daß der buchmäßige Gewinn von 165 000 RM in gar keinem Verhältnis steht zu den Vorteilen, die die Stadt Geseko aufgeben soll, um in den Genuß des Angebots des Westdeutschen Zementverbandes zu kommen. Wenn man nicht gerade ein großer Pessimist ist, d. h. glaubt man noch an einen wirtschaftlichen Wiederanstieg, und dieser Auffassung wird wohl auch der Westdeutsche Zementverband sein, so würde das Angebot an die Stadt Geseko nur dem Zementverband hohe Gewinne bringen, indem er wieder ein erfolgreiches Stück zur vollkommenen Monopolisierung der Zementindustrie und Außenseiterbekämpfung vorwärts gekommen wäre. — In diesem Zusammenhang muß auch noch daran erinnert werden, daß ähnliche Verpflichtungen wie die Stadt Geseko dem Zementverband gegenüber eingehen sollte, kürzlich die Stadt Paderborn eingegangen ist. — Kommen wir in den nächsten Jahren zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, so besteht begründete Aussicht, daß die an der Industriebahnanlage liegenden Werke den Betrieb wieder aufnehmen oder gar neu hinzukommen und dadurch der Stadt Geseko die Möglichkeit gegeben ist, die Anlage rentabel zu gestalten und zu amortisieren. Dazu kommt dann noch, daß es der Stadtver-

Wahlung möglich sein wird, mindestens 200 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger wieder in lehnende Beschäftigung zu bringen. Rechnet man für jeden Unterstützungsempfänger 15 RM wöchentlich, so ergibt das bei 200 Unterstützten über 150.000 RM jährlich an ersparten Wohlfahrtsgebern. Wenn die Wohlfahrtsgebern auch nicht rastlos von den Gemeinden aufgebracht werden, so würden aber doch die öffentlichen Körperschaften um diese Summen entlastet werden. Zu diesen eintretenden Entlastungen können dann noch die Vorteile, die sich für die Geschäftswelt durch den gesteigerten Umsatz ergeben würden.

Wie man sieht, haben die Syndikate noch genügend Mittel, trotz aller Hilferufe an Staat und Gesellschaft, zur Verfügung ihre Monopolstellung zur Ausbeutung der Zementverbraucher auszubauen. Anstatt den Wirtschaftsgewaltigen weitere große Subventionen zu gewähren und staatliche Hilfe angedeihen zu lassen, sowie ihnen die Ermächtigung zu geben, auf Kosten der Arbeiterschaft die Profite zu steigern, müßte es Aufgabe der Regierung sein, einmal bei den Kartellen und Monopolen nach dem Recht zu sehen. Es ist keine Arbeitsbeschaffung und keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit, wenn die Syndikate unter

dem Schutze des Staates das Recht haben, in der oben angedeuteten Weise vorzugehen. Aber leider suchen wir vergeblich nach Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September 1932, die solches unmöglich machen.

Außenhandel Zement

Im Juli d. J. betrug die Ausfuhr Deutschlands an Zement 27.973 Tonnen im Werte von 497.000 RM. Das ergibt einen Durchschnittspreis von 17,70 RM pro Tonne. Nach Angaben von Baufachzeitschriften beträgt der Inlandspreis im Durchschnitt 34,- bis 42,- RM.

In Berlin, Hamburg, Ostpreußen, Mittel- und Süddeutschland liegt der Preis über 40,- RM pro Tonne. Hieran kann man ersehen, um welche Summen der Zementverbraucher im Inlande überteuert wird.

Die Einfuhr an Zement betrug im Juli 5379 Tonnen, im Werte von 205.000 RM. Das ergibt einen Preis pro Tonne von etwas über 33,- Reichsmark. Setzt man die Preise in Vergleich zu den Ausfuhrpreisen, so ist mit der Wiedereinfuhr von ausgeführtem deutschen Zement noch ein gutes Geschäft zu machen.

UNTERHALTUNG WISSEN

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg.

(33. Fortsetzung.)

„Vergiß nicht, daß Ihr jetzt das Wahlrecht habt“, rief lachend die Frau des Vikars, die mit der wieder ruhigen Lizzi Greenhalgh just in die Tür trat und die letzten Worte gehört hatte. „Und wenn Ihr den nötigen Lärm macht, werdet Ihr Euren Willen schon durchsetzen. Schließlich ist es unsere Sache und nicht Sache der Männer.“

Das letzte Fünkchen Streilust erlosch, als zwei Riesenschüsseln mit knusprigen Kartoffelpuffern nebst einer gewaltigen Kaffeekanne aufgetragen wurden. Gleich darauf kam auch der Vikar herein, um den Gästen guten Abend zu sagen. Aber der Respekt schien die Zungen der Frauen zu launen, so daß Mrs. Armfield ihn bald wieder in seine Studierstube schickte. Er war ein Bücherwurm und hätte viel besser auf den Lehrstuhl einer Universität als auf die Kanzel in Carey's Main gepaßt.

„Mrs. Armfield ist der eigentliche Vikar bei uns“, sagte Mrs. Cocks auf dem Heimwege zu ihrem jungen Besuch, „und wahrscheinlich würde sie sogar bessere Predigten halten als er, wenn man es erlaubte.“

In ihrem Zimmer wartete auf Joan ein hübsch in Leder gebundenes Buch. Als sie die Seiten durchblätterte, blieben ihre Augen auf ein paar Versen haften:

Aus tiefen, grünen Verstecken
Schimmert ein Haus im Klee;
Rosen sind seine Hecken,
Sein Spiegel ein blauer See.

Hendüftende, weiche Matten
Ziehen ins Land hinein,
Und Berge, die ihren Schatten
Vergolden am Abendschein.

Sie freute sich an der einfachen Schönheit des Gedichts, aber dann kehrten ihre Gedanken zu ihrer näheren Umwelt zurück. Carey's Main las keine Poesie. Wohl waren manche Bergleute in Volkswirtschaftslehre und Geschichte beschlagen, doch Poesie? Sie würde in diesen trostlosen Grubenortschaften wie grüner Spott angemetet haben. Carey's Main kämpfte hart ums Dasein, und seine Männer lebten in einer Welt, die fürchtete, daß sie zu viel wissen könnten.

„Das ist es“, murmelte Joan. „London, das Parlament, alle die Leute, die Gesetze machen und Verordnungen erlassen, haben Angst vor den Bergleuten, den Metallarbeitern und den übrigen Handarbeitern. Sie müssen alle weiter in Armut gehalten werden, sonst blieben sie vielleicht nicht in den Gruben oder Fabriken; sie dürfen sich nicht zu viel Wissen aneignen, sonst ließen sie sich doch nicht von den Kapitalisten ausnutzen — sie müssen Kinder und Kinder zeugen, damit die proletarische Arme nie kleiner wird.“

XXIII.

Während Mary Mand ausführliche, herzliche Briefe schrieb, sandte Blain, der nie ein großer Briefschreiber gewesen war, in dieser Zeit nur gelegentlich eine launige Postkarte. Aber eines Morgens brachte die Post auch ein Schreiben von Helen Daers. Sie stand, durch ihren Mann und Mary Mand über die Not in Carey's Main unterrichtet, im Begriff, eine Maschine für den dortigen Säuglingsfonds zu veranstalten, und fragte an, ob Joan bei dieser Gelegenheit einen Vortrag über ihre eigenen Erfahrungen in Grubenrevier halten wolle.

Dieser Brief war für das junge Mädchen eine schreckliche Versuchung. Ein Abstecher nach London — zwei Tage Aufenthalt in der wohligen Atmosphäre von Mary Mand's komfortablen Heim — ein Wiedersehen mit Anthony, vielleicht ein Spaziergang mit ihm allein.

Warum eigentlich nicht fahren? Es geschah doch zum Besten ihres Hilfswerks, und das

An die Kollegenschaft!

Die neue Notverordnung der Reichsregierung bringt den Privatunternehmern außerordentliche Geschenke und der Arbeiterschaft sehr empfindliche Lohn- und Tarifrückfälle. Um feststellen zu können, wie schwer die Arbeiter, selbst in den Betrieben von den schlimmen Auswirkungen der Notverordnung betroffen wird, werden die Zahlstellenleitungen sowie die Betriebsräte gebeten, sofort den Zentralbranchenleitungen von den Notverordnungsmaßnahmen zu berichten und auch sonst von Betriebsvorgängen regelrecht Mitteilung zu machen.

Die außergewöhnlichen Zeitverhältnisse erfordern unbedingt gegenseitiges Zusammenarbeiten.

Die Zentralbranchenleitungen des Keramischen Bundes.

Komitee würde einhellig ihren Entschluß loben. Ueberdies konnte es nicht schaden, mit der Londoner Zentrale einmal persönlich Führung zu nehmen und Beryl Gayo und Blackburn zu sprechen.

Aber im Grunde war Joan Craig viel zu ehrlich, um lange an einer Selbsttäuschung festzuhalten.

„Du weißt sehr genau, warum du hinaufgehen möchtest, also laß diese Vorwände!“ rügte sie sich selbst. „Du willst Anthony wiederssehen, alles andere ist Schmus. Als ob Mrs. Greenhalgh oder Mrs. Cocks nicht ebenso gut von dem Leben im Kohlenrevier erzählen könnten! Und für die Londoner würde es sogar eine viel größere Sensation sein, die Frau eines Bergmanns zu hören. ... Laß Anthony Daers lieber nicht in den Weg, sonst weiß der Himmel, was du ihm versprechen wirst.“

Mit dem Gefühl eines tugendhaften Märtyrers legte sie Helens Brief dem Komitee vor, das auf ihr Anraten Mrs. Greenhalgh wählte.

„Was? Ich soll zu jenen feinen Damen reden? Gerechter Gott, das kann ich nicht!“ sträubte sich die sonst so energische Frau mit hochrotem Kopf.

„Sprechen Sie genau so, wie Sie es zu uns tun“, verwies sie Mrs. Clark. „Erzählen Sie, wie es bei uns aussieht, das genügt.“

Und von allen Seiten bestürmt, gab Lizzi Greenhalgh, die im innersten Herzen sich wie ein Kind auf diese Reise freute, ihr Einverständnis.

Als Joan in einer freien Minute, hungrig nach Neuigkeiten von der Außenwelt, eine Londoner Zeitung durchstöberte, stieß sie auf die Todesanzeige von Gerald Blains Vater. Langsam sank die Zeitung in ihren Schoß.

Würde Gerry nun wirklich Millionär sein? Würde er nun wirklich das Institut für Arbeiterfunktionäre errichten können? So kläglich wenige Pfunde gab es in der sozialistischen Bewegung, die nicht den Gewerkschaften gehörten, daß ein junger Mann, der außer dem richtigen Geist auch noch Geld hatte, Wunderdinge zu tun vermochte. Und während sie Listen revidierte und beim Fertigmachen von Paketen half, drehten sich Joans Gedanken um die neuen Möglichkeiten, die Gerry's Reichtum eröffnen würde, um Lieblingspläne, an denen sie beide ihren Anteil hatten.

Ihr Beileidstelegramm wurde einige Tage später durch folgenden Brief beantwortet:

„Ich habe jetzt einen ungefähren Ueberblick gewonnen, und leider, Joan, muß ich Ihnen eine Enttäuschung bereiten. Vater hat mich zwar zum Universalerben eingesetzt, aber seine Hinterlassenschaft ist nicht beträchtlich. Sein Verstand muß schon in den Monaten, bevor er bettlägerig wurde, getrübt gewesen sein — anders sind die wilden Spekulationen und der Kauf ganzer Pakete wertloser Aktien, auf denen obendrein noch schwere Einzahlungen lasten, nicht zu erklären. Von der Million Pfund, die er bei Kriegsende besaß, werden mir nach Regelung aller Verbindlichkeiten und nach Mütter's Versorgung vielleicht sechstausend für die Pläne bleiben, die wir schmiedeten. Joan. Wie ich es bedaure, brauche ich Ihnen wohl nicht zu versichern. Aber es geschieht mir ganz recht. Warum war ich so bockig und ging nicht sofort, als Vater mich um meine Hilfe bat? Sobald ich Mütter's Umzug bewerkstelligt habe und meine Hände auch sonst hier frei sind, schwirre ich bei Ihnen an.“

Ein ungewöhnlich langer Brief für Gerald Blain, und ein Schlag für Joan! Um ihr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, muß man sagen, daß sie sich nicht um Joans Reichtum in Verbindung mit sich selbst geliebt hätte. Aber es war so wunderbar gewesen, wie das Institut zu planen, ohne es zu wissen, wenn das Geld kam. Und nun waren durch die Torheiten des alten Mannes die Millionen Kriegsgelder, die Joans geliebt verschunden.

Die Frauen, die mit Joan arbeiteten, grübelten über die Ursache ihrer Gereiztheit an.

„Wie leicht ist der Bräutigam ärgerlich, weil er so lange nicht zu Gesicht bekommt“, wachte eine der Helferinnen zu tuscheln. Aber sogleich wurde sie von Mrs. Cocks, die kein Geschwätz über ihren Gast duldete, zur Ordnung gerufen.

Als Joan drei Tage später von ihren Besuchen bei den Wäckerinnen zum Büro zurückkehrte, saß dort Blain im eifrigsten Gespräch mit Mrs. Greenhalgh und Mrs. Cocks.

„Oh, Gerry!“ Joans Gesicht leuchtete auf. „Wie gut tut es Sie wiederzusehen!“

Ganz still verschwand die beiden Frauen in ein anderes Zimmer.

„Ich danke Ihnen für Ihr Telegramm, Joan“, sagte er ziemlich linksch.

„Und ich für Ihren Brief. Ich bin so traurig, daß wir unseren großen Plan nicht ausführen können.“

„Ein schöner Traum! ... Doch es fruchtet nichts, ihm nachzutruern. Sagen Sie, gibt es in diesem Nest ein Plätzchen, wo man Kaffee bekommt und fern den Adleraugen Ihrer geschätzten Mitarbeiterinnen plaudern kann?“

Sie schüttelte den Kopf.

„Carey's Main kennt keine Cafés; das nächste liegt in Englefield.“

„Wie weit ist das von hier?“

„Etwa fünfzehn Meilen.“

„Also knapp zwanzig Minuten Fahrt. Setzen Sie bitte einen Hut auf und benachrichtigen Sie Ihre lieben alten Forellen, daß wir einen halben Tag Ferien machen.“

Es war ein herrlicher Tag, so daß Joan, als der Wagen die Hügel hinter dem Städtchen emporkletterte, meinte:

„Weshalb uns in ein muffiges Café setzen? Bleiben wir doch hier!“

Sie breitete die Wagendecke über das Gras und blickten ins Tal hinab, besät mit schwarzen Halden und zum Himmel strebenden Fördertürmen.

„Es steht schlecht da unten, nicht wahr?“ fragte Gerald Blain nach einem Weilehen. „Neulich abends ging ich ins Untertal und mußte erleben, wie Baldwin über die Leiden der Bergleute beinahe heulte. Ich persönlich fand, daß er ihnen dies hätte ersparen können.“

„Es steht fürchterlich“, entgegnete das junge Mädchen, auf seine Frage zurückgreifend. „Das Geld in den kommunalen Wohlfahrtskassen geht zur Neige, so daß die Armenpfleger wohl oder übel die Anweisungen auf die Hälfte reduzieren mußten. Unser privater Hilfsfonds ist ein wahrer Segen, doch die Not ist zu groß, und den Leuten fehlt es an all und jedem. Sie glauben natürlich, Gerry, daß jede Familie Seife im Haus hat. Aber Seife ist längst auf den Unterstützungskarten gestrichen. Die Frauen scheuten sich, es mir zu sagen, und erst als Mrs. Greenhalgh vorgestern die Sache im Komitee anschnitt, erfuhr ich, daß sie sich seit einer Woche ohne Seife behelfen.“

„Erhalten die Mitglieder Ihres Komitees denn auch Armenunterstützung?“

„Gewiß, sie sitzen alle im selben Boot. Von den Mitgliedern ist die Frau des Vikars die einzige Angehörige des Mittelstandes.“

„Verdammt Geschicht!“ fluchte Blain. „Und bei dem riesigen Import ausländischer Kohle ist kein Ende des Elends abzusehen!“

„Nun genug von meinen Sorgen und Nöten, alter Junge; erzählen Sie mir die übrigen. Gerry, Sie sehen älter aus als in Skisport, und das ist doch kaum zwei Monate her.“

„Ich fühle mich auch wie ein Patriarch, uralt. Die letzten Tage waren nicht leicht.“

„Und haben Sie irgendwelche Pläne für die Zukunft?“

„Nur einen einzigen. Ich werde den ganzen Rest des Vermögens zur Gründung einer Wochenzeitschrift für die Arbeiter verwenden.“

„Ein schneller Weg, es zu verlieren“, meinte Joan, nachdenklich einige Grashalme abrupfend.

Arbeit ist Kultur

Der Dichter Gerhart Hauptmann, ein Sohn der harten schlesischen Erde, sprach kürzlich in einer Feier, die der Bildungsausschuß der Breslauer Gewerkschaften veranstaltet hatte, in der Rede des Dichters, die mit jubelndem Beifall aufgenommen wurde, kamen folgende Sätze vor:

„Nicht nur empfindsame, weltfremde Geister sprechen von der Menge oder Masse mit Geringschätzung; das tun selbst anerkannte praktische Volksführer. Ich sehe dies je nachdem nur Äußerungen von Dünkel oder Gedankenlosigkeit. Nichts Höheres kann der Mensch erreichen, als daß er vom Vertrauen der Menge, vom Vertrauen der Masse getragen wird; es ist schwarzer Undank, schwarzer Verrat, mit Verachtung dafür zu danken. Dem Menschen ist vielleicht das schwerste Schicksal unter den Lebewesen auferlegt. Die Erbschaft eines Kampfes, der durch Jahrhunderttausende geht, verbunden mit einer ewigen Notlage, mit der er täglich ringen muß in einem Verhältnis beider zu seinesgleichen, dem Mitmenschen, das er beinahe ärger als jedes untergeordnete Tier es tut, zu fürchten hat. Es gibt einen hohen Kampf des Menschen gegen die Natur im allgemeinen und gegen die Natur in ihm selbst. Zu den Dingen, die wir uns gegen unsere Natur abgerungen haben, gehört auch der menschliche Flor, gehört das Arbeitspflichtgefühl und vor allem, gehört die Arbeit selbst. Wir glauben daran, es kann nicht ausbleiben: diese größte Macht im Ringen mit der Natur wird die Menschheit noch einmal, trotz allem und allem ins Göttliche hoch hinauf führen! Nicht jede Arbeit hat den von mir

„Sie Pessimist!“

„Gerry, ist das Ihr Ernst?“

„Wahrhaftig! — Denn diese Zeitschrift wird etwas ganz Neues sein.“

„So heißt's immer. Und das Ende ist bei allen das gleiche.“

Gerald blickte zum sonnigen Himmel empor und begann pathetisch:

„Diese hilfreichen, mitfühlenden Frauen, die uns zu großen Taten fortreiben ...“

„Halt!“ schnitt sie ihm lachend das Wort ab. „Erzählen Sie mir alles ganz genau, und ich werde den mitfühlenden Engel in höchster Vollendung spielen.“

„Gut. Es war einmal ...“

... ein Prinz, der ein bißchen Geld hatte und es in ein Loch fallen ließ“, ergänzte sie.

„Das haben wir also bereits vernommen. Nun das andere.“

„Erzähl mir, Joan, ich glaube, daß eine Arbeiterzeitschrift, deren Seiten nicht von A bis Z mit Propaganda angefüllt sind, auch heute noch ihre Chancen hat. Ich werde die besten Mitarbeiter suchen und etwas wirklich Interessantes herausbringen.“

„Das können Sie doch nicht mit sechstausend Pfund schaffen.“

„Schwerlich. Aber mein Freund Theophil Dodds macht mit der selbst zwar nicht einen roten Heller besitzt, dessen Onkel jedoch in Geld schwimmt und uns seine Unterstützung zugesichert hat. Außerdem haben eine ganze Reihe bekannter Schriftsteller, darunter auch Anthony und Parma de-Pratz sowie etliche bedeutende Zeichner ihre Mitarbeiter schon zugesagt.“

„Und Sie werden Herausgeber sein?“

„O nein. Ich kenne meine Grenzen. Dieser Posten ist für Theophil reserviert; ich werde Mädchen für alles. Wollen Sie nicht auch helfen, Joan?“

„In meinem ganzen Leben habe ich noch keine Zeile geschrieben. Wenn ich nach London komme, was sich ja nicht oft ereignet, werde ich eure Pakete verschneiden.“

„Das gibt's nicht. Das Packen wird bei uns von fachmännischen Händen besorgt. Die einzigen Amateure, die wir zulassen, sind Schriftsteller, und Sie, mein liebes Kind, werden uns eine Feuilletonserie verfassen: Einfache Geschichten, die ein Frauenherz erzählt.“

Joan warf sich lang ins Gras und juchzte vor Entzücken. So hatte sie sich seit ihrem Abenteurer mit Madame Rose Lewis noch nicht wieder amüsiert.

„Ich“, gurgelte sie. „Ich und ein einfaches Frauenherz! Haha! Wie man seinem Gatten hilft.“ Was man Rudolf sagt, wenn er mit einem anderen Mädchen geschön wird. Richtig so, Gerry?“

„Joan, seien Sie vernünftig. Ich denke nicht an solche Ergüsse wie Marie Alices Herzensausprache mit ihrer jungen Nichte; aber der Stoff, den ich im Sinne habe, können Sie mir liefern. Jede Woche schreiben Sie ein Essay, zum Beispiel über Mrs. Greenhalgh's Tochter Minnie; über die Frau, die mit dem fünften Baby in der Küche niederkam. Keine Propaganda, keine Moral — just die schlichte Schilderung.“

(Fortsetzung folgt.)

berührten höheren Sinn, sondern nur die, welche die Wohlfahrt des Menschen im weitesten Sinne zum Ziele hat, also die meiner augenblicklichen Zuhörer. Es ist die Arbeit, die in der Gegenwart adelt und in eine göttliche Freiheit menschlicher Zukunft weist. Und darum empfinde ich tiefen Dank, wenn Sie mich als ein Mitglied dieser Gemeinschaft anerkennen und unter sich aufnehmen wollen.“

Schriften und Bücher

Republikanische Führer im Bild.

Die Republikanische Werbestelle des Fackelreiter-Verlages, Berlin W 15, gibt schöne Bilderkarten von republikanischen, gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Führern heraus. Sie eignen sich sehr gut für Schaufensterreklame. Wer Interesse hat, möge sich an die Werbestelle wenden.

„Die Neuerschätzung der Hauszinssteuer“, bearbeitet von Bankdirektor a. D. Rudolf Korfgen, Verlag Otto Paul, Buchhandlung, Bonn 2, Rh., Preis 2,- RM. Zu beziehen von R. Kötzgen, Bonn, Emekellstr. 1.

Für Mieter und Vermieter gibt das Barchein-Angebot über die Bestimmungen zur Hauszinssteuer nach der neuesten Verordnung vom 26. August 1932. Da die Verordnung Änderungen enthält, ist es für Interessenten ratsam, sich Aufklärung zu verschaffen, diese kann das Werkchen empfinden werden.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3a und d, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Zwickau: Karl Schindler. Buch-Nr. 805 433. — Stendal: Tangermünde: Wilhelm Scheffler, Buch-Nr. 938 753. — Hahr-Grenzhausen: Hans Otto, Buch-Nr. 1050 192.